

Die RPD und das werktätige Landvolk

Mitglieder für die Fürsten — Glend in Stadt und Land — Wo ist der Ausweg?

Die Lage der werktätigen Landbevölkerung und die Aufgaben der Partei

Die Kommunistische Partei unternimmt einen wichtigen Schritt. Die Beratungen des 3. St. mit Vertretern der kommunistischen Fraktionen des Reichstages und der Landesparlamente am 11. Februar bilden dem Zweck, die theoretische Erkenntnis, daß die Gewinnung des Landproletariats und das Bündnis mit den armen Bauern eine wichtige Voraussetzung der sozialen proletarischen Revolution ist, energischer in die Praxis umzusetzen.

Die Partei hat im Herbst vorigen Jahres die entschiedene Wende zu den Massen unternommen. Die Umstellung auf Betriebszellen, die intensive Gewerkschaftsarbeit, der neue Ton gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern galt der Gewinnung der ausschlaggebenden Schichten des industriellen Proletariats. Aber braucht vor den Toren der Industriestädte wohnen und selben ebenfalls Millionen werktätige Landarbeiter und Kleinbauern bildeten die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung. Sie sind genau wie der Industriearbeiter, der Angestellte, der kleine Beamte, ja, noch in höherem Maße, das Opfer kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Verdrückung.

Von allen proletarischen Schichten sind die Landarbeiter am meisten der Willkür und Ausbeutung des Unternehmers preisgegeben. Die gegenwärtige Kreditnot und teilweise Abschaffung in der Landwirtschaft wird von den Agrararistokratien dazu benutzt, um erst recht die Löhne und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter zu drücken, Tausende zu entlassen, das Antreiberystem und die Zwangsausarbeit der Frauen und Kinder zu verschärfen. den Deutschen Landarbeiterverband als Tarifkontrahenten auszuholzen. Und schon schreien die unter nach Wiedereinführung von Ausnahmegesetzen gegen die Landarbeiterfahrt angeblich zur Verhinderung der „Landflucht“, in Wirklichkeit aber, um die löscherlichen Rechte der Arbeiterschaft noch weiter zu drosseln. Jede Arbeitsverweigerung soll als „Kontraktbruch“ bestraft und jeder Streik mit einer Klage auf „Schadensatz“ beantwortet werden. Der Unternehmer soll das Recht haben, einen großen Teil des seßhaften Barlohnes einzuhalten, um so vor allem die jugendlichen Arbeiter, die „Freiarbeiter“ und die Wanderarbeiter an die Scholle zu fesseln, wie das mit dem Deputatarbeiter schon der Fall ist. Zu allem Glanz kommt noch der erbärmliche Zustand der meisten Gutswohnungen, der Zwang „Hofgänger“ zu stellen, die Gefahr, jeden Augenblick nicht nur die Arbeitsstelle, sondern auch das Dach über dem Kopfe, die Stellung für das einzige Schwein zu verlieren.

Den kleinen Bauern, Häuslern und Gütern geht es nicht besser als den Landarbeitern. Sie sind nur zum Scheine noch Besitzer einer „eigenen Scholle“. Ta diese meist zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht, sind sie entweder auf Pachtland oder auf Nebenerwerb aus der Lohnarbeit angewiesen. Sie werden doppelt ausbeutet durch den Großgrundbesitzer, der Wucherpachten eintreibt, und durch das Finanzkapital, das Wucherzinsen für Leihgold fordert. Mit beiden im Bunde steht der bürgerliche Staat, der den Großteatern und Großindustriellen Liebesgaben in den Schoß wirft, aber Arbeiter und Bauern mit Steuern erdrückt. Brändungen und Zwangsvollstredungen sind infolgedessen zu einer Tegesetzung im Dorte geworden. Und der Kleinbauer ist meist hilflos gegen die Schikanen der Behörden, die Gaumercien des „Anders“, die Brutalität des großen Landbesitzers.

Die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern steht heute nicht im Lager des revolutionären Proletariats, ja nicht einmal im allgemeinen auf Seiten der Arbeiterklasse. Schuld daran tragen neben der Demagogie des Landbundes und der vom Zentrum geführten christlichen Bauernvereine in erster Linie die Sozialdemokratie und die reformistischen Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes. Diese haben durch ihre Koalition mit der Bourgeoisie und die Arbeiterschaftspartei mit den Unternehmern es in dieser Zeit fertiggebracht, daß die Landarbeitermassen fluchtig den DVB verliehen, daß die Kleinbauern in die offenen Arme des Landbundes und der Christlichen strömten. Heute sind diese Massen politisch die Reserven der außerordentlichen Gegenrevolution. Bölkische, Deutschnationale und Zentrum haben ihr Kampffeld auf dem Dorte und in den kleinen Landstädten; die Regierungstruppe in Thüringen, Bayern, Württemberg, Baden ist weitestgehend Bauerntruppe.

Wir Kommunisten haben bisher zu wenig erkannt, daß die Landarbeiter- und Kleinbauermassen nur im Bündnis mit dem revolutionären Proletariat ihre eigenen Interessen wahrnehmen können und aufhören werden, Rohndrüder im Betrieb oder politisch verhetzte Werkzeuge der Arbeitersfeinde zu sein. Wir haben zu wenig erkannt, welche Rolle eine revolutionär gesetzte, gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterfahrt im Kampfe des Gesamtproletariats spielen kann, wie notwendig es ist, die Kleinbauermannen als Sympathisierende zu gewinnen, den Mittelbauern wenigstens zu neutralisieren. Die Verwirrung der Lohn-Lenins: „Bündnis der Arbeiter und Bauern“ ist auch im hochindustrialisierten Deutschland für den Sieg der proletarischen Revolution bitter notwendig.

Die augenbläßliche Situation ist außerordentlich günstig, um den begangenen Unterlassungsfehler auszugleichen. Unter der Fertigung der Justiz beginnen die Landarbeiter langsam zu rebellieren, verlassen die gelben Verbände und verlangen Kampfmachtaufnahmen zur Sicherung ihrer radikalen Freiheit. Die Generalversammlung des DVB steht bevor. Die Freiheit der juristischen Anträge, verbunden mit der Unfreiheit, die die Fürsten deuten, rüttelt auch die Schlaftrögen nach. Wir müssen mit der Agitation für den Volksentscheid urteile Gewerkschaftsarbeitsaufgaben tragen. Wir müssen

ungeachtet der machbaren Folgen der arbeitenden landlichen Bevölkerung in den Zentralausschüssen der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der kommunistischen Reichstagsfraktion und Vertretern der Landtagsfraktionen zusammengetreten, um Mittel und Wege zu erarbeiten, den Landarbeitermassen und der arbeitenden Bevölkerung Hilfe zu bringen und ihren Kampf um das tägliche Brot mit dem Kampfe der Arbeiter- und Gewerkschaftsmassen in der Industrie zu verbinden.

Die Kommunistische Partei erklärt:

Schwarze Not betrifft das werktätige deutsche Volk.

In den Städten stehen Millionen Gewerksloser mit ihren Kindern hungern auf der Straße.

Die Landarbeiter sind der Willkür des Gutsbesitzers preisgegeben, der ihre einfachsten Ansprüche auf menschenwürdige Verhandlung, ausreichenden Lohn, gesunde Wohnungen, volles Vereinsungs- und Versammlungsrecht mit Augen stellt.

Auch der arbeitende Bauer steht am Rande des Hungers, Steuern, Wucherzinsen, hohe Pachtgelder, Abgaben aller Art, unerschwingliche Preise für Industrieprodukte, Handlungslosigkeit räumen ihm Hab und Gut. Der Gutsbesitzer ist sein ständiger Gast, Notverkäufe sind an der Tagesordnung. Mit Trost und Erbitterung steht ihm der Bauer um den Kahn jahrelangen Fleisches betrogen. Der Gutsbesitzer aber hält es mit den Kapitalisten. Welde beweisen den kleinen Bauern.

In den Mythen und Parlamenten hat man kein Ohr für die Klagen des schaffenden Volkes. Die Regierungen und bürgerlichen Parteien sind ja nur Puppen in der Hand der Großbanken, der Großindustrie und des großen Grundbesitzes. Für diese Millionen, für das Volk, Steine statt Brot.

Nicht genug damit! Den abgedankten Fürsten und Standesherren, ihren Verwandten, Nachkommen und Freudenmädchen will man jetzt Milliardenvorteile in den Schoß holen, während draußen die Millionen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der betrogenen Späher, der Alters- und Invalidenrente umsonst auf Aufwertung warten. Rund 500 000 Hektar Land- und Forstbesitz sollen den abgedankten Fürsten ausgeliefert werden, während Hunderttausende arbeitender Bauern und Pächter nicht genug Land haben, um ihre Familien zu ernähren. Lehntauenden landarmer Bauern könnte man mit diesem Grund und Boden zu einer eigenen Wirtschaft, Lehntauenden Landarbeiter zu einem freien Dasein verhelfen. Nur die Kommunistische Partei sieht sich tatsächlich ein für die Arbeit und Wohl fördernden Massen. Sie ist der unermüdliche Arbeit aller Erschaffenden und Unterdrückten. Bisher gelang es immer den Reichen und Mächtigen, das Landvolk gegen die Arbeiterschaft der Städte zu heben und die Arbeiterschaft gegen das Landvolk. Der Gegenschlag zwischen Stadt und Land ist eine Quelle der Herrschaft und des Heißhums der Weltenden. Die Kommunistische Partei sieht eine ihrer Hauptaufgaben darin, das arbeitende Landvolk und die industrielle Arbeiterschaft zu vereinen. Der gemeinsame Kampf aller Schaffenden in Stadt und Land wird allein imstande sein, der schamlosen Ausbeutung und dem Wucher des Großindustrie und Großgrundbesitzes ein Ende zu machen.

Darauf wendet sich die Kommunistische Partei in dieser Stunde ganz anders an die Massen des arbeitenden Landvolkes. Ihr Kleinbauern und Landarbeiter, wohin zerstreut in Dörfern und Gutsbezirken, ihr sind am meisten der Willkür der Großen und Mächtigen ausgeliefert. Laßt euch nicht länger durch die Lügen der bürgerlichen Presse, der Landhändler, der Agenten des Großkapitals betrügen und irreführen! Die Kommunistische Partei kämpft nie gegen Angehörige des arbeitenden Volkes, sie ist die Tochter einer einzigen jener Herrenklasse, die das Arbeitsvolk ausaugt und entzieht. Dem kleinen Bauern sichert die Kommunistische Partei nicht allein den Platz seiner Scholle, sondern hilft ihm, seine Wirtschaft zu verbessern und auszubauen. Sie hat das deutlich genug bewiesen an Sowjetruhland, wo Arbeiter und Bauern gemeinsam die Macht haben.

Für die werktätige Bauernschaft fordert die Kommunistische Partei als erste und dringendste Nothilfe:

1. Haus und Feld der werktätigen Bauernfamilie bleiben steuerfrei. Von Arbeitssatz der mitarbeitenden Familienmitglieder muß der steuerfreie Einkommensteuer des Lohnempfängers abgezehrt werden. Zu den Steuerausschüssen sind zentral und örtlich die Vertreter der werktätigen Landbevölkerung zu ziehen.

2. Zur Abdichtung der hochvergüteten Personalschulden, zur Erhaltung und Verbesserung der Bauernwirtschaft gibt der Staat ausreichenden, billigen und langfristigen Realcredit.

3. Der Großgrundbesitz wird gewungen, so viel Boden zur Verfügung zu stellen, als an Pacht- und Siedlungsland Bedarf vorhanden ist. Pacht- und Kaufstellen werden von den Vertretern des werktätigen Landvolkes festgestellt und müssen dem Pächter oder Siedler die erfolgreiche Bewirtschaftung seiner Stelle ermöglichen. Dem werktätigen Pächter darf nicht willkürlich gefündigt werden.

4. Der Staat garantiert der arbeitenden Bauernschaft die rechtzeitige Belieferung mit Düngemitteln, Saatgut, Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen zu gerechten Preisen. Die Vermittlung geschieht durch die Genossenschaften.

5. Das Ausheilung des unheilbaren „Zwillingskinds“ zwischen Gemeinden und Kommunen auf dem Lande ist ein wichtiges soziales Ziel mit den baulichen Maßnahmen und Wirtschaftsmaßnahmen. Die Gemeinde stellt die nötigen Mittel für Verfügung.

6. Das Landarbeiterbund fordert die Kommunistische Partei.

1. Gleiches Mindestlohn für Männer und Frauen, Aufhebung des Gehälterverfalls, Verbot der Frauen- und Kinderarbeits-

arbeit.

2. Volles Vereinigungs- und Versammlungsrecht und strenge Bestrafung jedes Vertrags, die Rechte zu belästigen.

3. Unbedingte Durchführung des Wochentundenlagen auf allen Gutsbetrieben. Überlinden nur mit Genehmigung des Gutsraats. Durchschnittlicher Wochentundenlag in den Bauernwirtschaften mit mehr als dreihundert Wochentunden.

4. Gleichstellung der Land- und Industriearbeiter in allen Fragen des Arbeitersrechts und der Sozialversicherung.

5. Besetzung der Gutsbezirke in Preußen und anderen Ländern.

6. Ufererlegung der Gutswohnungen an Staat und Gemeinden. Bau neuer Landarbeiterwohnungen durch Kreise und Gemeinden mit Staatshilfe.

Landarbeiter! Kleinbauern! Jede einzige bieterische Forderung ist heute schon durchführbar. Die Kommunistische Partei wird sich mit aller Kraft für sie einsetzen. Aber die Großgrundbesitzer, die Bankiers, die Fabrikanten, die Großhändler werden sich verbünden, um eure gerechten Forderungen abzulehnen, um euch noch mehr ins Elend zu stoßen. Dem Bunde der Ausbeuter und Wucherer müssen wir das.

Bildnis der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern gegenüberstellen. Die Arbeiterschaft muß den Kampf der werktätigen Bauern, die Bauern müssen den Kampf der Arbeiterschaft unterstützen. Nur dann wird es gelingen, die schlimmste Not von der Welt des werktätigen Volkes zu vertreiben.

Um die engste Verbindung mit dem schaffenden Landvolke herzustellen, hat die Kommunistische Partei sowohl im Reichstag wie auch in den Landtagen eigene Landesvertretate errichtet, um eure Klagen, Beschwerden, Forderungen und Vorschläge entgegenzunehmen und gewissenhaft zu bearbeiten. Wendet euch vertrauensvoll an diese Stellen der proletarischen Landherrschaft.

Schaut euch um die Kommunistische Partei. Zeigt euren Feinden: Wer nicht hören will, muß fühlen. Vereinigt euch in euren selbständigen Kleinbauernverbänden und im Deutschen Landarbeiterverband. Stellt die Verbindung her mit den Gewerkschaften und Genossenschaften des Industrieproletariats.

Eure Freude fürchtet nichts mehr als das Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern. Mit List und Gewalt versuchen die heutigen bürgerlichen Regierungen, sich an der Macht zu halten. Nur die Regierung der Arbeiter und Landarbeiter kann die Herrschaft der Großbanken, junger und Industriellen brechen. Die Regierung der Arbeiter und Bauern wird das Land der Pächter und Großgrundbesitzer entzündungsfrei und den Landarbeiter und Bauern zuwenden. Sie wird die Laster vom Halse des kleinen Mannes nehmen und den leistungsfähigen Schülern auferlegen. Sie wird die Bergwerke, Düngemittelwerke und Großbanken verstaatlichen, um so euer billige Betriebsmittel und Kredite zuzuführen. Sie wird ein festes Bündnis mit der großen Arbeiter- und Bauernmacht, mit Sowjetruhland schließen, und damit der deutschen Gesamtwirtschaft wieder aufzufüllen. Die Welt startet heute in Waffen. Schon rüsten die imperialistischen Räuber zu einem neuen Blutergieben. Die Arbeiter- und Bauernmacht wird allein imstande sein, eine wirkliche Politik des Friedens und wahrer Volkerverständigung zu führen.

Dann wird der freie Bauer auf freier Scholle leben! Dann wird der Landarbeiter nicht mehr Sklave, sondern freier Mitarbeiter mit seinen Kollegen!

Dann wird es Brot und Arbeit geben für alle! Darum vorwärts unter der Fahne der Kommunistischen Partei!

Vorwärts zum Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern! Keinen Pfennig den fälschlichen Schmarotzern und ihren Helfern!

Hier mit der Regierung der Arbeiter und Bauern!

Zentralkomitee der RPD.

Reichstagsfraktion der RPD.

Die kommunistischen Fraktionen der Landesparlamente

in Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Hessen, Anhalt,

allein die Kommunisten ehrlös sein Beste wollen. Die größte Aufmerksamkeit müssen wir seinen täglichen Nöten und Beschwerden widmen. Die selbständigen Kleinbauernverbände müssen wir stärken und mit allen Kräften unterstützen. In Gewerkschaften und Konsumvereinen müssen wir für die engste Zusammenarbeit der proletarischen und kleinbauerlichen Organisationen einzutreten.

Die Vorsicht der Arbeiter- und Bauernregierung müssen wir durch unsere gesamte Arbeit mit Leben und Blut füllen! Die Kampagne für den Volksentscheid gibt uns die beste Gelegenheit hierzu.

Der Befreiung des Zentralkomitees der Partei, bei allen Parlamentsfraktionen besondere Sekretariate der proletarischen Landherrschaft zu bilden, ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Wege. Die Aktivierung unserer Agrarkommissionen bei den Bezirksleitungen und in den Ortsgruppen muß folgen. Die kommunistischen Gemeinde- und Kreisabgeordneten, auf dem Lande und in den Kreisstädten, müssen die unermüdlichen Helfer und Ratgeber der ausgebeuteten Landbevölkerung sein. Unsere Bresse muss, vor allem in den Landesgruppen, so geschrieben sein, daß sie der Landarbeiter und der kleine Bauer gern in die Hand nimmt und sie versteht.

Diese Arbeit wird uns nicht ablenken von der revolutionären Hauptarbeit in den Industriestädten. Sie ist vielmehr ihre notwendige Ergänzung und Fortsetzung. Die Revolutionierung der Landarbeiter, das Bündnis mit den arbeitenden Bauern wird auch in Deutschland die Konterrevolution dort treffen, wo sie am empfindlichsten ist, mitten in ihrer Festung, in ihren bisher ununterbrochenen Domänen, auf dem fadigen Lande.

Aus den Gewerkschaffen

Sie Sehren des Eisenbahnverbandes

Just Monate darauf trat die Reichsregierung des Alten Reichs in die neue abendländische Richtung ein, indem sie in den nächsten Wochen das nachdrückliche Geldabhebungsgesetz beschloß. Der vom Reichskanzleramt erlassene Vertrag für verbindliche Erfüllung dieses Gesetzes ist vom 27. Februar 1926. Eine Nachprüfung des Reichsabholungsvertrages und die Durchsetzung mit der Verordnung, daß die Rohrversorgung von 1-3 Prozent zum Jahresendebruch des aufgestellten Etats habe zu melden.

Über die Bewegung und die zu unternehmenden Maßnahmen in den nächsten Wochen referierte am 8. Februar in einer Plenarversammlung des Verbands Eisenbahner der Verbandssprecher des Einheitsverbandes der Eisenbahner Frankreich. Seine Ausführungen waren ein einiges Vor auf das Reichsabholungsgesetz. Er erklärte:

"Die Lohn- und Gehaltsbewegung der Reichsbahn war jetzt eine ganz unerhöhte. Das Verteilen der Reichsbahn geht dabei möglichst große Unterschiede der Löhne zwischen den einzelnen Gruppen herbeizuführen. Der Schauspieler Herr von Siemens ist der treibende Faktor. Stabilisierung der bestehenden Gehalts- und Lohnverhältnisse ist das Ziel der Reichsbahn. Die Beamten werden mit diesen getreuen. Der neue Reichsbahnhauptverwaltung bestimmt, daß die Beamten der Gruppe 1-4 mit einem allgemeinen, die Beamten der Gruppen 5-6 mit zweimallicher, die der Gruppe 7-9 mit dreimallicher Rundung entlassen werden können."

Warum haben die Eisenbahnerorganisationen dem Schiedspruch zugestimmt? Wir selbst sind mit dem Resultat nicht zufrieden. Hatten wir im März 1925 den verbindlich erklärten Schiedspruch nicht durchsetzt, so wären die Gerichte gegen uns eingedrungen und hätten unsere Rassen beschlagnahmt. Daraus haben wir unseren Kollegen empfohlen, den verbindlich erklärten Schiedspruch anzuerkennen und durchzuführen.

Die Reichsregierung rief auf die Bevölkerung des Reichstages und auf die Bevölkerung der Öffentlichkeit. Sie erklärte, daß die Wehrausgaben durch den Schiedspruch jährlich 16 Millionen Mark betragen verschweigt aber, daß durch die Abschaffung der sozialen Zugaben, die im Schiedspruch enthalten sind, über 4 Millionen Mark erspart werden, so daß eine Belastung des Staates nur etwa 12 Millionen Mark eintritt. Achtundzwanzig Millionen Mark werden für Korruptionen der ausgegeben. Über 200 Millionen Mark sind im neuen Etat bereitgestellt für Zwecke des Bahnhofszuges, der Panzerzüge und sonstiger Mittel zur Sicherstellung der Eisenbahner. Was ist zu tun? Wir haben 1918 sehr viel versucht, was uns keine Erfolge brachte (statische Unterbrechung). Die Meldung, daß sich die Eisenbahnerorganisationen mit einem Demonstrationsstreit befassen, ist Bluff. Wir wünschen den Demonstrationsstreit, wenn er von den Arbeitern in den Betrieben gefordert wird.

Unsere Organisationen erachten es in schlecht. Nur 200.000 Mitglieder hat der Einheitsverband, nur die Hälfte der Eisenbahner ist gewerkschaftlich organisiert. Wir brauchen die Einheit aller Eisenbahner. Haben wir diese, so dürfen wir auch eine Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn erlangen und könnten dann mehr für die Eisenbahner erreichen."

Mit aller Schärfe müssen die Eisenbahner die von Schäffer vorgeschlagenen Wege zurückweisen. Illusionen sind es, wenn man glaubt, auf dem Verwaltungsweg etwas erreichen zu können.

Der Einheitsverband der Eisenbahner hat nichts getan, um die Lohnbewegung der Eisenbahner zu verhindern mit den Lohnzügen anderer Industriezweige. Das Arbeitsgemeinschaftsvertrag ist zwischen Eisenbahnerverband, Verkehrsverbund und Gewerbe- und Staatsarbeiterverband bezieht nur auf dem Partei und muß in ein Komiteedank, ähnlich dem der englischen Gewerkschaften umgesetzt werden. Eine intensive Werbearbeit unter den Eisenbahner ist zu leisten. Das Schweigen des Hauptverbandes des Einheitsverbandes verleiht, daß er willens ist, sich jedem Beschluss des austro-österreichischen Reichsbahnzuges zu fügen. Die Eisenbahner müssen dies verhindern. Sie müssen verlangen und alles tun um einen Demonstrationsstreit auf der ganzen Linie durchzuführen für ihre Forderungen. Nur wenn die Eisenbahner gewillt sind, so gewillt in den Kampf zu treten, wie im Frühjahr 1922, werden sie ihre Forderungen verwirklichen können.

Ein unzureichender Schiedspruch für die Holzindustrie

In der Holzindustrie wurden die bestellten Lohnabkommen, die eine 14-tägige Rundungssatzung haben. Mitte Januar kam Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie gekündigt. Da einer Zuschrift des Holzarbeiterverbandes an den "Vorwärts" wird unter anderem folgendes berichtet:

Zwischen den Zentralvorstanda wurde vereinbart, daß die Verhandlungen für alle Sektoren gemeinsam am 2. Februar in Leipzig geführt werden. Wenn nun die Sitzung der betrieblichen Verhandlungsauftrichterholte wurde, so wurde doch tatsächlich zentral vor dem Postamt der Holzindustrie verhandelt. Die Unternehmer hielten ihre Verhandlungen erst detailliert vor der Teilnahme der Verhandlung befürchtet. Sie gingen daran, die Linie überall auf den Stand vom Juni vorherigen Jahres zurückzubringen. Das besagt, daß die Justizakademie, die zum Abschluß der Ausprägung im vorherigen Sommer gekommen waren, tatsächlich gemacht werden sollten. Der angekündigte Abzug ist im Durchschnitt etwa 18 Prozent. Außerdem wurde im ersten Vertragsabschnitt eine Verhinderung des Lohnabholungsvertrages. Das heißt, die Abmilderung der Löhne für die einzelnen Sektoren, für die Betriebsgruppen und Betriebsarten. Letztere Forderungen kommen nur für die Betriebe gefordert werden, in denen der Sitz eines Betriebes das Lohnabholungsvertrag ist, in den anderen Betrieben ist die Materie im Wettbewerb geregelt und deshalb zurückzufinden.

Die Verhandlungen geschließen nun sehr schwierig. Von den Arbeitgebervereinen wurde kein Zweck darüber getroffen, daß sie keinen Lohnzug annehmen und gegebenenfalls auf den Abzug von diesem Lohnabholungsvertrag verzichten werden. Am 2. Februar eine Anmerkung der Betriebe, daß als unmöglich erachtet wurde, wurde der Stadtrat Dr. Böckel erinnert, um 3. Februar die weiteren Verhandlungen als unerlässlicher Fortschreiter zu leiten. Nachdem bis in die letzten Minuten verhandelt worden war, verhandelte er den Schiedspruch, der dahin geht, daß alle Lohnabholungen bis zum

31. Juli 1926 unzulässig verhindert werden. Dieser Schiedspruch liegt auf folgende Vertragsabsätze: Baden, Bayern, Brandenburg, Sachsen, Hessen, Thüringen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein, Württemberg, Thüringen und Württemberg. Eine Nachprüfung des Vertragsabholungsvertrages ist durchgeführt mit der Verordnung, daß die Rohrversorgung von 1-3 Prozent zum Jahresendebruch des aufgestellten Etats habe zu melden.

Zellenzeitungen heraus!

Die eingeleitete Massenbewegung zur Bildung der roten Einheitsfront muß vom KPD verstärkt weitergeföhrt werden. Das beste Mittel zur Propaganda

Zur internationalen Organisationsberatung	33
Betriebszelle und Volksbegehren	34
Die Erneuerung des gewerkschaftlichen Funktionapparates im Betrieb	37
Der Betriebsrevolutionär	39
Der Bauer im Betrieb	41
Aus der Praxis für die Praxis	44-64

Jahrgang 4 Februar 1926 Heft 2

der Bevölkerung der Betriebe, aber auch der Massen im Wohngebiet ist eine gute Zellenzeitung. Jede Betriebszelle, jede Straßenzelle muß sofort an die Herausgabe einer Betriebszelle- bzw. Straßenzellenzeitung herangehen, in der zu den aktuellen politischen und Betriebsfragen Stellung genommen und in Prosa, Versen und Karikatur den Massen ihre Lage und die Aufgaben der Stunde zum Bewußtsein gebracht wird.

Wenn das auch heute besonders den Betrieben mit manchen Schwierigkeiten verbunden. Beispiele dafür beweisen, daß bei regem Interesse für die Ausgestaltung der Zellenzeitungen die Wirkung nicht ausreicht. Anregungen nach dieser Richtung bringt regelmäßig die Monatsschrift "Der Parteiarbeiter". Und besonders das soeben erschienene Februarheft bietet praktische Beispiele. Preis des Heftes 20 Pfennig. Bezug durch die Literaturabteilung und Buchhandlungen oder unmittelbar vom Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH, Berlin SW 61, Planauer 17, gegen Voreinsendung des Betrages von 30 Pfennig.

— Beispiele dafür beweisen, daß bei regem Interesse für die Ausgestaltung der Zellenzeitungen die Wirkung nicht ausreicht. Anregungen nach dieser Richtung bringt regelmäßig die Monatsschrift "Der Parteiarbeiter". Und besonders das soeben erschienene Februarheft bietet praktische Beispiele. Preis des Heftes 20 Pfennig. Bezug durch die Literaturabteilung und Buchhandlungen oder unmittelbar vom Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH, Berlin SW 61, Planauer 17, gegen Voreinsendung des Betrages von 30 Pfennig.

leistungsfähig sind und das Partei in eine Stellung in, um 12. Debruar erfordert für ihre Errichtung zum Schiedspruch.

Das letzte Meeting hat etwa 120.000 Arbeiter getroffen, die unter normalen Verhältnissen in den in Betrieb befindlichen Betrieben beschäftigt sind.

Angriff der fortwährenden Zeitung, die bis zum 31. Juli 1926 noch mehr Leid tragen wird. In dieser Schiedspruch unzureichend. Die Verbandsvertreter haben keinen Zweck darüber gelassen, daß sie seinem Vorschlag zustimmen werden. So heißt es im "Vorwärts": "Man erhält aber nichts, ob die Arbeit des Holzarbeiterverbandes Lohnabholungen vorlängt haben, die nach Tarnen für die Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Erhöhung der Arme bringend notwendig sind. Marum läuft der Hauptvorstand des DGB nicht dafür, daß der DGB alles aufstößt, um Lohnabholungen für die Arbeiterschaft durchzusetzen. Will er den durch die neue Arbeiterschaft erreichen. Der Schiedspruch in der Holzindustrie zeigt deutlich, daß keine Lohnabholung höchstens die Stabilisierung der bestehenden unzureichenden Löhne bei verschärfter Ausbeutung das Ziel der Unternehmer ist. Welche bedeutende Veränderung hinsichtlich des Lohnabholzes der Schiedspruch vorsieht, wird nicht gelogen. Sicher handelt es sich um Verschlechterungen für die Arbeiter. Wenn der "Vorwärts" auf eine bevorstehende Verbesserung in der Holzindustrie hofft und wartet, daß diese Verbesserung die Industrie vor Geschlechterungen bewahrt, so kommt damit nur der Arbeiterschaftsgeist der Führer des Holzarbeiterverbandes zum Ausdruck."

Die Offensive der Holzindustriellen

(Mitgliederversammlung der Bunaer Holzarbeiter.)

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Zentralstelle Bunaer des DGB am 4. Februar war gut besucht. Nach Verlesung des Programms und dem Ortsausschußbericht erwiderte der 3. Punkt: "Gesetzliches" großes Interesse. Hier wurde das Ansehen der Holzindustriellen, 10- bis 20-prozentiger Lohnabbau, befürwortet. In 30 Schweren ist der Lohnabbau seitens der Unternehmer schon vor Ablauf des Tariffs zum Teil durchgeführt worden. Der Hauptvorstand empfiehlt Annahme des Schiedspruches, welcher bis Tarifablauf am 5. Februar 1926 für Platz- und Hilfsarbeiter einen Lohnabbau von 5 Proz. vorsieht. Bei den Holzarbeitern sind 10- bis 20-Prozent-Lohnabbau gefordert, je nach der Branche, doch haben die Kollegen schon voriges Jahr alle derartige Versuche unternommen und darf man dieses Jahr bestimmt dasselbe erwarten. Versuchen die Unternehmer durch Austritt aus ihren Verbänden die Arbeiter zu trennen, so verlieren die Kollegen sehr gut, doch sich trotzdem die Herren in der Praxis der Ausbeutung vollkommen gleich bleiben. Im Anschluß an die Befragung verlas Gerold Gabel die "Rundgebung zur Wirtschaftslage" des Bundes Niedersächsischer Industrieller. In kurzen Ausführungen zeigte der selbe, daß die Abnützung der Unternehmer des Holzgewerbes wie auch der Gesamtindustrie die gleichen sind, nämlich Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau des Sozialpolitik sowie sämtlicher Errungenschaften der Arbeiter. Darauf gilt es, um diese Anstrengungen abzuwehren, für die Arbeiter sich los zu machen. In den freien Gewerkschaften zu organisieren. Unsere Lebenslage läßt sich eben nicht mehr verschaffen, wenn schon ist das Ende groß genug. — Zur Nachahmung empfohlen sei der Entschluß des Bürgermeisters Bumann, für drei Monate je 350 M. seines Gehalts an die Gewerkschaften zur Bindung der Erwerbstreibenden abzuführen. — Ein Antrag Gabels, den Ortsausschuß zur Bildung eines Aktionsausschusses wurde mit 7 gegen 4 Stimmen bei 33 Enthaltungen abgelehnt.

Was sich die sieben Kollegen bei der Ablehnung des Aktionsausschusses zum Kampf gegen die Fünfmarkabfindung gebaut haben, ist ratsam. Praktisch haben sie dadurch die Bildung der Einheitsfront erleichtert. Die Forderungen der Fünfen können nur abgelehnt werden, wenn die Massen der Werkstätten sich rütteln. Die Verhandlungen der Spiken allein genügen nicht.

Das Ende der schlesischen Textilarbeiter

(Von einem Landeshuter Betriebsrat.)

Die Textilarbeiterchaft Schlesiens, die seit jeher zu den schlechten Berufen ganz Deutschlands gehören, bei der durch das deutsche Unternehmertum erträumende Verhältnisse in gefundene Verhältnisse leidet, werden mußten, hoffen, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, durch weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen volkends zugrunde gerichtet werden. Wie nachstehendes Engpass der Ortsverwaltung Landeshut des Deutschen Textilarbeiterverbandes besagt, haben die Unternehmer der Bezirksgruppe Landeshut des Verbandes Schlesischer Textilarbeiter den vorigen Jahr im Jahr abgeschlossen einen Tarifvertrag gefündigt. Nachdem die Unternehmer die letzte Lohnabholzung von 11,6 Prozent bei den Arbeitszurückzügen ganz oder teilweise ignorierten (nicht berücksichtigt), noch eine Reihe weiterer Bestimmungen im Menü (Entschädigungen bei Warten auf Material, Entschädigung bei Verarbeiten von schlechtem Material und anderes) ganz einfach vom Unternehmer außer Kraft gesetzt werden, während Lohnzurückzüge bei angeblichem Nebenberufsdiensst vorgenommen werden (Weiber und jetzt Kind-Weber), glaubt man jetzt den Hauptzug gegen die geliebte Textilarbeiterchaft führen zu müssen. Alle diese Verschlechterungen, sowie das Aufzehrerausfallen der gewohnten Bezahlungen in der Weberei und Spinnerei-Pokalwirtschaft hat die Organisationsleitung ohne Abwehrbereitschaft hingenommen. Anstatt die Arbeiterschaft zum Kampf und Handeln aufzurufen, hatte man Zeit abzugeben, um höchste Kommunikation. Der durch die Unternehmung von Verbandsältern erledigte Geschäftsführer Löw und die ihm Ständigen tragen mit die Verantwortung des kommenden Rückgangs der Arbeiterschaft. In der jetzigen Zeitung wird es nun liegen, durch geeignete Maßnahmen das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Kraft durch ehrliches Zusammenfassung aller Arbeiters ohne Rückzug auf die politische Einigung zu wecken. Mit Illustrationen auf die Seele des Bürgertums, nicht Illusionen auf eine Arbeiterschaft mit den Unternehmern, nicht Sitzungen zu Besören und Schildern, sondern geschlossene Klassen zu sein.

Die Verhandlungen geschließen nun sehr schwierig. Von den Arbeitgebervereinen wurde kein Zweck darüber getroffen, daß sie keinen Lohnzug annehmen und gegebenenfalls auf den Abzug von diesem Lohnabholungsvertrag verzichten werden. Am 2. Februar eine Anmerkung der Betriebe, daß als unmöglich erachtet wurde, wurde der Stadtrat Dr. Böckel erinnert, um 3. Februar die weiteren Verhandlungen als unerlässlicher Fortschreiter zu leiten. Nachdem bis in die letzten Minuten verhandelt worden war, verhandelte er den Schiedspruch, der dahin geht, daß alle Lohnabholungen bis zum

vollen Situation. Stand schon in einer bezeichnenden Denkschrift in Nr. 10 vom 13. Januar 1926 des biesigen "Tageblattes" zu lesen, daß fast 600 Textilarbeiter in Landeshut erwerbstätig sind, die nach Beschäftigten infolge Kurzarbeit im Höchstfall als manuelle Facharbeiter wöchentlich nur 11 Mark verdienten können, wodurch die Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse bei den Textilarbeitern einen Tiefstand erreichten, der geradezu als Ruhm und Schande bezüglich werden muß, so ist es selber nicht besser, sondern noch viel schlechter geworden. Die Arbeitszeiten sind teilweise weiter verkürzt worden und die ohnehin minimalen Löhne werden in schamloser Weise unter Mißachtung jeder sozialen Abmachung noch gedrückt. Wochentöhne von 2 Mark sind jetzt keine, dagegen solche von 10 Mark schon zu einer Ausnahme geworden. Bei solcher Entlohnung kann sich die Textilarbeiterchaft aber noch eine Behandlung gestalten lassen, wie sie die preußischen Unter den politischen Arbeitern zu bieten pflegen. Denn wenn schon ein Fabrikdirektor, der sich stolz seine gemäne Soldaten (Offizier?) röhnt, seine Arbeiter Rüde, Schweine und als die dümmsten und schlechtesten Weber zu benennen pflegt, in welchem Tone mit der Arbeiterschaft mag da erst den untergeordneten Getreigroßen zu verkehren gestattet sein. Redensarten, wie "Wer's nicht naht, der braucht bloß gehen" sind schon sprichwörtlich geworden. Der Stolz eines solchen Direktors leidet, aber auch nicht darunter, gelegentlich ein aus Berichten mitgegangenes Schädel wieder zu sich zu rufen, und wenn andere dadurch übrig werden müssen.

Auf Grund statigfundernder Untersuchungen an Schulkindern, haben 111 Kinder wegen Mangel an Kleidung die Schule nicht besuchen können, 350 Kinder besitzen kein warmes Unterzeug und 562 keinen Mantel. Eine große Zahl der Kinder besitzen nur ein einziges Hemd. Und 129 Kinder sind nüchtern zur Schule gekommen.

Wenn man bedenkt, daß Eltern doch für ihre Kinder das Beste geben, so kann man das Datum dieser Eltern nur grausam nennen.

Und angehört solcher Verhältnisse wagt es die Industrie, das Lohnabholungsvertrag mit dem Ziel auf Lohnabbau zu bindigen.

Das ist eine Herausforderung des öffentlichen Gewissens! Deutscher Textilarbeiterverband, Landeshut!

Gemeinsames Gesuch des Jugendbeamten und kommunalpolitischen Ausschusses in Oppeln

Am 7. Februar, nach 10 Uhr, fand im Rathaus (O. A.) eine öffentliche Jugendbeamtenversammlung statt. Die Rede war von einer Jugendbeamtenversammlung so sehr. Das der Zusammenhang hierzu als sicher geltet. Gleichzeitig machte die Jugend aufgepasst, um zu einem Treffen zwischen dem Jugendbeamten und den Jugendlichen einzuladen, die die Rechtschaffenheit der Organisierung der Jugendlichen forderten. Die Organisation war streng und man konnte bestreiten, daß das Jägeramt, das Jugendbeamten an den Jugendfragen notdürftig ist.

Die Ratskollegen forderten ein Jugendliches vom S.A.J., weil von der S.A.J. und ganz von der R.A. von den Jugendlichen der körperlichen Jugendbeamtenstellen nichts in Worte. Von Jugendlichen liegenen Lohn (S.A.J.) wurde ein Antrag eingestellt, der dahin lautete: den jugendlichen Erwerbsleuten einen Raum für Schulung und gütigen Erhaltung lebenslang zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurde erklärt, daß nicht nur die erwerbstätigen jugendlichen keine Selbstmacht zur Bezahlung eines Raumes haben, sondern, daß die Beziehungen nicht einmal das erhalten und die Jugendlichen, die tatsächlich etwas verdienen, deren Lohn ist so gering, daß sie auch nichts übrig haben. Daraus wurde von einem Jugendlichen der R.A. die Abregung gebracht, ein Einheitskomitee zu bilden. Und zwar soll sich dasselbe aus zwei Jugendlichen der S.A.J., der R.A., des Reichsbanners und des R.A. zusammensetzen. Da aber vom R.S. keine geeigneten Kräfte vorhanden waren, hat sich die S.A.J. darin gefügt, den Jugendbeamtenwahlkampf aus zwei Mitgliedern der S.A.J. und zwei der R.A. zu wählen. Gewählt wurden von der S.A.J. Genosse Alfred Nierius und Georg Loske, von der R.A. Richard Drewnik und Paul Kleinhenz. Es wurden nun die Aufgaben des Jugendbeamtenwahlkampfes erläutert, dagegen, daß Jugendliche gestrig zu schulen und sie auf den Werdegang in den Gewerkschaften aufzulösen. Als erste Aufgabe wurde die Entsendung von Delegierten der S.A.J., R.A. und

dem R.S. vorgenommen. Am 10. Februar wurde eine Versammlung der Jugendbeamten, die sich auf die Zukunft der Jugend bezieht, aufgerufen. Der S.A.J. und der R.S. haben sich auf die gemeinsame Jugendbeamtenversammlung am 15. Februar eingestellt. Das war die letzte Versammlung der Jugendbeamten, die die Rechtschaffenheit der Organisierung der Jugendlichen forderten. Die Organisation war streng und man konnte bestreiten, daß das Jägeramt, das Jugendbeamten an den Jugendfragen notdürftig ist.

Die Ratskollegen forderten ein Jugendliches vom S.A.J., weil von der

Wiederherstellung Chirurgie r. 1000,- ohne 100,-
Sitzung
Wiederherstellung Chirurgie r. 1000,- ohne 100,-
Sitzung

Rückzug O. in einer Zeit, in welcher am 2. Februar veröffentlichten Bericht erhielten wir von Seite 7, Gedruckt eine Petition. Diese lautet: „Ich erkläre hiermit, daß ich niemals einem Patienten soll, weil er arbeitslos ist, bzw. weil ihm das Arbeitsverhältnis entgangen habe, noch in Zukunft abholen werde. Ich stelle an die Medikation gefestigte Brüste erklärt der Patient, um den es sich handelt soll, daß ich ihm nicht die Behandlung abgelehnt habe, auch nicht mich erst durch Willen seines Freu habe bestimmt lassen, die Behandlung zu übernehmen.“ Das in der Veröffentlichung erwähnte Schreiben des Patienten ging uns ebenfalls zu. Unter Berichtsschalter steht mit, daß die Angelegenheit bereits den Vorstand der Betriebskrankenkasse befürschtet hat. Früher lauteten die Aussagen des Vorstandes ganz anders.

Verantwortlich für den gesamten Text: Paul Kehl, Breslau, für die Interesse: Alwin Möller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgeellschaft GmbH, Breslau. Druck: Pewag-Verlag, Breslau.

Wir machen auf die billigen Preise des Fleischmeisters Adolf Weiß, Moltkestraße, für Fleisch- und Wurstwaren aufmerksam. Siehe Interat.

Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 87 460

Dienstag u. Donnerstag
8 Uhr

Gastspiel Eily Leux —
Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Die Teresina

Montag, Mittwoch und
Freitag, 8 Uhr:

Gastspiel Eily Leux —

Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Der Orlow

Sonnabend, 8 Uhr:
Gastspiel Eily Leux —

Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Zum 40. Male:

Die Teresina



**Liebich
Theater**

Internat. Variété
Breslau

Tel. Stephan 34 546

1.-28. Febr. 1926

Täglich 8 Uhr

2

**Sensations-
Gallspiele**

mit
To Rhama

das größte Rätsel

**Kati
Sandwina**

genannt:

**Der weibliche
Breitbart**

und das
auserlesene
Programm

Lobetheater
Der fröhliche Weinberg

Der fröhliche Weinberg</

Führer durch die Geschäftswelt von Waldenburg u. Umgegend.

Ober-Salzbrunn

Oskar Reigber
Zehnmarken
Arbeiter-Bekleidung
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei
Fürstensteiner Straße 32

Julius Just
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau

Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhausen Nr. 5

Gottschall Giller, Blumenau 19
Lebensmittel — Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thielisch
Obst — Gemüse — Vorkostwaren
Blumenau 27.

Waldenburg

Ernst Haeff
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage
Billigste Bezugssquelle in
Schuhwaren aller Art
Kein Laden. Kein Laden.

Rößfleischerei
Franz Häusler
Mühlenstr. 24 :: Tel. 654

Landeshut

Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilhelminstraße 3
Spezialität: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor

Likörfabrik
Zigarren-Beizialgeschäft

Adolf Schwarzer
Breitenau
Bäckerei :: Kolonialwaren
Rauch- u. Zigaretten

Glas, Porzellan und Steingut
L. Gußmann's Nachf.
Fritz Haake, Schleiferei
Fayencenbau! Garniturstraße 2

Giegried Sarisch
Kunststraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mützen
Schattwaren

Rößfleischerei Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren

Willy Granz, Friseurgeschäft
Eichhauerstraße 32

Hermann Überle
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Eichhauerstraße 31
Fleischwaren, Käse, Brotz., Tabakwaren — Rauchwaren

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettwänden
Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren

Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachf. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager
Spezialgeschäft
für Naturheilpräparate
Haupstrasse 63

Ernst Lante, Weißstein
Resie und Parfümerwaren
Porzellan u. Tafelwaren

Freiburg

Conrad Werner

Fleischerei und Wurst-Fabrik
Strieganer Straße 10

Richard Burkert
Bäckerei
Konitorei und Beizialgeschäft
Strieganer Straße 10

Carl Müller

Neumarkt 11, Bahnhofstraße 18
Kaffee-Röferei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Weine und Tabakwaren

H. Giersch
Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramstagasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konfektion
Landeshuter Straße 45.

Jauer

Geschäftshaus größten Stils
für Modewaren, Ausstattungen
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion

M. Sittenfeld, Jauer
Billigste, feste Preise

?

Max Berger
Blücherstraße 24
Buchdruckerei
u. Papierhandlung

Alois Zimmermann
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Especialität:
Eier-Sauerkrautbrei
Altwaren-Schäfchen

Wilhelm Brühl
Eichhauerstraße 3

?

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.
kaufen Sie Zigarren, Zigaretten, Tabake

in unseren Filialen:
Waldenburg, Ring 12 :: Sauberg, Waldenburger Straße 31
Gottesberg, Alte Bahnhofstr. 4 :: Schweinitz, Langstraße 20

Kaufhaus R. Hanke

Weißstein
W. Schwelitzer & Sohn
Spezialhaus

für Schuhwaren, Leder und
Bedarfsgüter.

Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Schubert
Kolonialwaren
Delikatessen

Ernst Lante, Weißstein
Resie und Parfümerwaren
Porzellan u. Tafelwaren

Freiburg

Erich Dresel

Landeshuter Straße 13
Manufakturwaren
Damen-, Herren-,
Kinderkonfektion

Gustav Kothe
Fleischerei und Wurstgeschäft
Burgstraße 4.

Ernst Steiner, Burgstraße 8
Schuhwaren
in bekannter Güte zu billigen Preisen

in bekannte Güte zu billigen Preisen
Mas- u. Reparaturwerkstatt.

Kolonialwaren
E. Seidel
Sandstraße Nr. 2

Owald Bräuer
Landeshuter Straße 55
Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Brix, Waldenburger Str. 32
Lebensmittel - Tabakwaren - Spirituosen

B. Landmann
Likörfabrik
Wein-Großhandlung
Zigarren-Import

Schokoladen, Konfitüren
billigster Preis Sie gut
und preiswert bei uns

Margarete Neumann
vormals Billi Neumann, Ring 31

Emil Bruchmann
Vorkost-
Obsi- und Gemüsehandlung

Karl Kaßner, Altmärkerstr.
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fritz Knoll
Fahräder — Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen
Gneisenaustr. 3c

F. G. Lindner
Bäckerei

Max Stein
Kolonialwaren
Vorkostgeschäft

Hugo Müller
Eigener Betrieb
billigste Bezugssquelle für Kolonial-
und Elfenbeinwaren

Schweidnitz

Martin Grüber
die Edelwaren, Reparaturen für
Schuh, Hand, Brotz. und Gefüge. Ober-
brotz. der Art, Lampen-Muttergläser,
Kunststoff u. Druckguss oder Art. Ver-
dichtungs-Apparate. Topazkristalle etc.
Eigend nach Reparatur-Werkstatt
Wurstk. 16/18 neben Gold Mantel

Gehörbrot zu haben bei
Willy Berger
Bäckerei Langstraße 66

Unbedingt kaufen Sie gut u. billig bei
Werner Kunze
Breslauer Straße 6

Lebensmittelhandlung
A. Nährlich, Breslauer Str. 34.

Allel's Altwaren-Geschäft
Büttnerstraße 22

Rößfleischerei

Alfred Klapper, Schweidnitz
Büttnerstr. 4, Telefon 574.

Fritz Wenzel's
Fleischerei und Frühstückstube
Büttnerstr. 12

Reserviert

C. Leopold, Langstr. 8
Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstückstube

H. Hielscher Nachf.
Kolonialwaren
Hohstraße 1

Polsnitz

Oskar Hensel
Polsnitz 17
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Wüstegiersdorf

Adolf Blümel
Gemüsewaren
Wüstegiersdorf 148

Altwasser

Kronen-Lichtspiele
Altwasser
Jede Woche neues Programm

Joseph Bienias
Kolonialwaren
Tabakwaren

Max Stein
Kolonialwaren
Vorkostgeschäft

Fleisch- und Wurstwaren

Paul Hoffmann
Grüssauer Straße 47

Du Ichadest der Bewegung
• wenn Du einen
Geschäftsmann unterstützen,
der nicht in

Deiner Zeitung
inseriert!

Nieder-Hermendorf

Emil Bunzel
Kolonialwaren
Spiritosen

Resthaus E. Hornig
Weißbier
Weiß- und Wollwaren

Dittersbach

Wilhelm Langer
Hauptstraße 28

Gleißhorei und Wurstgeschäft

Richard Simon
Hauptstraße 208

Gleißhorei und Wurstwaren

Striegau

Josef Müller
Bahnhofswirtschaft Striegau-
Stadt und Gräben Nr. 35

Zigarren / Zigaretten / Tabake

Bolkenhain

Hermann Brückner
Zigarren - Fabrik
Niederlauben

Otto Müller
Fleischerei u. Wurstgeschäft
Ring 9.

Gottesberg

Zigarren, Tabak, Zigaretten
kaufen Sie gut und billig bei

Franz Leonhardt, Gottesberg
Fürstensteiner Straße 38

Eduard Richter & Sohn
Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
Fürstensteinerstraße 14

Rößfleischerei

Karl Martin, Felshammer
Gottesberg, Fürstensteinerstr. 33
Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

Alois Krejel
Kirchstraße 13
Kurz-, Woll- u. Schattwaren
empfiehlt sich

als billigste Bezugssquelle

Fleisch- und Wurstwaren

Paul Hoffmann
Grüssauer Straße 47

Deiner Zeitung
inseriert!